

Wird die Kreishaus-Debatte ein Fall fürs Gericht?

PINNEBERG: Abgeordnete entscheiden am 29. April über Widerspruch / Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich

Darf über das Kreishaus öffentlich beraten werden? Eine Frage, die wohl noch länger Thema bleiben wird.

Die Kreishaus-Debatte geht in die nächste Runde – und könnte vor Gericht landen. Nämlich dann, wenn während der nächsten Kreistags-

sitzung am 29. April nicht zwei Drittel der Abgeordneten dem Wunsch von Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU) stattgeben, die Beratung über Investor und Neubau in den nicht öffentlichen Teil zu verlegen. Die Chancen für einen Erfolg des Landrats stehen schlecht. Bereits während der

jüngsten Sitzung fand sich keine Zwei-Drittel-Mehrheit, um die Beratungen hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Im Gegenteil: SPD und Linke traten vehement für eine öffentliche Diskussion ein und fanden genügend Abgeordnete, die sich hinter sie stellten.

Grimme legte Widerspruch. Grund: Eine öffentliche Debatte über den Vertrag könnte seiner Ansicht nach unter anderem Klagen des Investors und somit finanzielle Nachteile für den Kreis nach sich ziehen. Und so will der Landrat ausdrücklich an dem Widerspruch festhalten. Verweigern

die Politiker ihre Zustimmung, wird Grimme als nächsten Schritt wohl eine sogenannte Beanstandung einbringen – und das Gericht muss entscheiden. Die weitere Beratung über den Kreishaus-Neubau würde vorerst in der Warteschleife landen. (ung)